

Der Landespfarrer für Diakonie

Peter Nietzer

Merseburger Str. 44, 06110 Halle, Tel. 0345-12299-220; Mail nietzer@bernborg-evangelisch.de

Diakoniebericht

zur Sitzung der Landessynode am 18./19. November 2011 in Bernburg

Wie wird Diakonie als solche erkennbar?

Was macht Diakonie zur Diakonie?

Warum ist Diakonie anders als andere Verbände der freien Wohlfahrtspflege?

Diese Fragen stehen hinter den Ereignissen, die Diakonie und ihre Einrichtungen im Berichtszeitraum beschäftigt haben.

1. Dazu gibt es aus dem Diakonischen Werk Evangelischer Kirchen Mitteldeutschlands zu berichten:

1.1. Der Landeshaushalt 2011/12 für Sachsen- Anhalt steht unter dem Vorzeichen veränderter politischer Schwerpunktsetzungen. Die Fokussierung auf Wirtschaft - Bildung – Familie bei gleichzeitigem Bemühen um die Beschränkung der Neuverschuldung wird zu erheblichen Verschiebungen gerade im sozialen Bereich führen.

Zwar bemüht sich die LIGA der freien Wohlfahrtspflege, in Arbeitsgruppen, diese Veränderungen konstruktiv zu begleiten und bewährte Arbeitsbereiche auch zu bewahren, trotzdem konnte nicht verhindert werden, dass im laufenden Haushaltsjahr die **Fördermittel für Selbsthilfegruppen** gestrichen wurden. Dies hat auch in Anhalt erhebliche Auswirkungen und bedeutet erhebliche Einschränkungen für Hilfesuchende und ihre Angehörigen.

All dies sind nach Meinung des Berichterstatters Anzeichen dafür, dass für die sozialpolitischen Akteure derzeit das **Verständnis des Begriffs „Subsidiarität“** verwischt: Beschreibt der Begriff in seiner klassischen Bedeutung die Maxime staatlichen Handelns, nach der – vor allem im sozialen und gesellschaftspolitischen Feld - Eigenverantwortung immer Vorrang vor politischer Absicherung hat, verstehen die derzeitigen politischen Akteure zunehmend darunter eine Verlagerung der politischen Verantwortung von der nationalen, bzw. regionalen auf die kommunale Ebene.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass in Fragen gesellschafts- und sozialpolitischer Verantwortung nicht mehr die freien Spitzenverbände, die ursprünglich als Ausdruck staatsbürgerlicher Verantwortung entstanden sind, als natürliche Partner des Staates angesehen werden; vielmehr wird diese Verantwortung durch Weitergabe von Finanzmitteln an die Kommunen und Landkreise delegiert.

1.2. Dies hat dann ganz konkrete Folgen, die für die Arbeit der freien Träger freilich problematisch sind.

Wenn zum Beispiel – wie in unserem Bundesland - die Existenz der Beratung für Menschen in psychischen und sozialen Notlagen dadurch sichergestellt wird, dass den Kommunen und Kreisen zweckgebunden Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt wird, nicht aber beschrieben wird, wie das Geld konkret verwendet werden soll, kann das dazu führen, dass die Kommunen diese Aufgaben frei ausschreiben oder gar im Rahmen ihrer Gesundheits- und Hygieneämter organisieren; dies hat wiederum zur Folge, dass die bewährte und oft qualitativ anspruchsvolle **Beratungsarbeit** der freien Wohlfahrtsverbände trotz vielfältiger Bemühungen seitens der Wohlfahrtsverbände nicht mehr gehalten werden kann oder sogar eingestellt werden muss.

Die freien Wohlfahrtsverbände, die nach ihrem Selbstverständnis so etwas wie gleichberechtigte Sozialpartner des Staates sind, und ihre Mitgliedseinrichtungen werden zu Konkurrenten auf einem immer enger werdenden Sozialmarkt und zu Ausführungsgehilfen eines Staates, der zwar

für sich in Anspruch nimmt, immer „schlanker“ zu werden, zugleich aber immer weniger bereit zu sein scheint, Verantwortung abzugeben.

1.3. Dies hat auch Konsequenzen für die spezifisch diakonische inhaltliche Arbeit.

So übernahmen beim Zivildienst die freien Wohlfahrtsverbände die Koordination, Verwaltung und Betreuung der Einsatzstellen bei ihren Mitgliedseinrichtungen. Im Zuge der Einrichtung des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) wurde den Verbänden dies zwar nicht weggenommen, trotzdem bietet die Nachfolgebehörde des Bundesamtes für Zivildienst, das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) auch Einrichtungen, die eigentlich Verbandsmitglieder sind, an, diese administrativen Aufgaben zu übernehmen. Dieses Angebot ist deutlich günstiger als das der freien Wohlfahrtsverbände und damit auch für Diakonische Einrichtungen wirtschaftlich attraktiv.

Allerdings sind es gerade die mit der Betreuung verbundenen Fortbildungsangebote, durch die den Dienst als Teilnehmende am BFD auf dem jeweiligen gesellschaftspolitisch- weltanschaulichen bzw. religiösen Hintergrund reflektiert und geprägt wird. Für die Diakonie (wie für die anderen Verbände der freien Wohlfahrtspflege) gilt hier, dass die Arbeit am eigenen Profil schwieriger wird, um- und durchzusetzen.

1.4. Entsprechendes gilt für den **Dritten Weg**, also die Art und Weise, wie im Bereich der beiden großen Kirchen in Deutschland Arbeitsrecht gesetzt und geregelt wird. Neben dem ersten Weg der privatrechtlichen Arbeitsrechtsregelung und zweiten Weg der autonomen Vereinbarungen zwischen Tarifpartnern ordnet der Dritte Weg die Arbeitsverhältnisse in den Dienstgemeinschaften der Kirchen, ihrer Sozialverbände, und deren Mitgliedseinrichtungen. Ziel dieser besonderen Regelungen ist es, den Mitarbeitenden wie den Dienstgebern besonderen Schutz der Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Diese paritätischen, konsensorientierten und vertrauensbasierten Regelungen werden – vor allem durch ver.di und den von dieser Gewerkschaft dominierten Gesamtausschuss der Mitarbeitervertretungen – im Bereich von Diakonie und Caritas zunehmend in Frage gestellt, da ihrer Ansicht nach die sozialpolitischen Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind:

- Der Anteil der kirchlich gebundenen Mitarbeitenden sinkt seit Jahren,
- die Organisationsformen der diakonischen Träger gleichen sich immer mehr denen der freien Wirtschaft an,
- die Strukturen der Diakonie sind immer weniger durch Subsidiarität, sondern durch sozialwirtschaftliche Konkurrenzen geprägt, was zur Folge hat, dass einerseits in Entgeltverhandlungen mit den Kassen der Ausgleich zwischen den zu erzielenden Entgelten und den tariflichen Forderungen der auf dem dritten Weg ausgehandelten AVR- Tarife kaum noch gelingt, andererseits der Leistungsdruck für die Mitarbeitenden immer mehr zunimmt.

Für die EKD- Synode, die Anfang November in Magdeburg tagt, plant ver.di umfangreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen, um ihrem Willen, auch in der Diakonie die Tarifautonomie durchzusetzen, Ausdruck zu geben. Allerdings ist nicht gesagt, dass bei einer Abschaffung des Dritten Wegs es wirklich dazu kommt. Angesichts der wenigen gewerkschaftlich organisierten diakonischen Mitarbeitenden sind für diesen Fall privatrechtliche Regelungen sehr viel wahrscheinlicher – mit der Folge, dass dann Entgelte und Arbeitsrechtsregelungen für Mitarbeitende frei verhandelbar werden.

1.5. Das spezifische Profil Diakonischer Arbeit wurde in den letzten Jahren auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die schlimmen Zustände in der **Heimerziehung in der Nachkriegszeit** in Frage gestellt. Als Ergebnis des runden Tisches zu diesem Thema gab es Ende September in Berlin eine öffentliche Entschuldigung durch Kirche und Diakonie, vertreten durch Präses N. Schneider und Präsident J. Stockmeier, bei den Opfern.

Auf den ersten Blick scheint dies die Diakonie Mitteldeutschland – und damit in Anhalt - kaum zu tangieren. Allerdings ist die DDR- Vergangenheit von Jugendhilfeeinrichtungen in der Diakonie

Mitteldeutschland oft nur in groben Zügen aufgearbeitet; einige waren Jugendwerkhöfe, also Einrichtungen mit restriktiven Erziehungsmaßnahmen. Aus Sicht der Diakonie Mitteldeutschland besteht Klärungsbedarf im Blick auf den Verbleib der Akten sowie den Umgang mit Mitarbeitenden aus dieser Zeit.

Wie genau mit diesem Thema umzugehen ist, wird derzeit diskutiert.

1.6. Trotz dieser Schwierigkeiten bemüht sich das Diakonische Werk Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e.V. selbst ständig, deutlich zu machen, dass Diakonie die soziale Arbeit der Evangelischen Kirchen ist und somit mehr als nur solidarisches Handeln an Schwachen und benachteiligten. Durch die Diakonie wird die Liebe Christi in der Welt sichtbar.

1.6.1. Durch die Einrichtung des BFD begann auch Diakonie Mitteldeutschland, für ihre Träger neben dem schon bestehenden Begleitprogramm für das freiwillige soziale Jahr ein weiteres umfangreiches Betreuungs-, Begleitungs- und Fortbildungsangebot für Teilnehmende am BFD aufzubauen. Dafür wurden mehrere neue Mitarbeitende eingestellt. Um den dadurch benötigten Büroraum zu schaffen, wurde in der Merseburger Straße das „**Haus III**“ angekauft (gegenüber der Geschäftsstelle).

Ein Schwerpunkt in den Rüstzeit- und Fortbildungsangeboten für die Teilnehmenden am BFD ist eben das, was ihren freiwilligen Dienst zu einem Diakonischen Dienst macht: als Ausdruck gelebter Nächstenliebe unter zeitgenössischen Umständen.

Im Haus III sind auch die Mitarbeitenden untergebracht, die für die Mitgliedseinrichtungen das freiwillige soziale Jahr koordinieren, verwalten und begleiten. Dieser Freiwilligendienst ist im Unterschied zum BFD nur für Menschen offen, die jünger als 28 Jahre sind, und soll einen deutlichen berufs- und lebensorientierenden Charakter haben.

1.6.2. Jedes Jahr veranstaltet die Diakonie Mitteldeutschland einen **Impulstag für Diakonie und Gemeinde**. In diesem Jahr fand er am 09. September unter dem Motto „außer gewöhnlich“ in Magdeburg statt. Pressesprecher Frieder Weigmann berichtet unter www.diakonie-ekm.de, dass dieser Tag wieder viel Impuls-Kraft für die gut 500 Teilnehmer brachte. Pfarrer Miroslav Hvoschdara aus Bratislava konnte es in brillantem Deutsch gar nicht oft genug sagen: "außergewöhnlich!". In seinem kurzen Lebens- und Glaubensbericht griff er das Motto des Impulstages für Diakonie und Gemeinde immer wieder auf. Ilka Sobottke setzte in ihrer Predigt fort und warb am Beispiel der Mannheimer Vesper- Kirche unter anderem dafür, Gottesdienst und diakonisches Handeln stärker als Einheit zu verstehen. Der Hauptredner Prof. Klaus Kocks musste leider absagen - er lag mit einem Beinbruch im Krankenhaus. In vertrat Prof. Gerhard Wegner, der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Institutes der EKD, in gewohnt souveräner Form.

Leider war die Beteiligung aus Kirchengemeinden kaum gegeben. Auch ließ die Beteiligung aus Anhalt zu wünschen übrig.

1.6.3. Regelmäßig bietet die Diakonie Mitteldeutschland **Einführungstage** für neue Mitarbeitende der Diakonie an. Dazu werden besonders Mitarbeitende von Einrichtungen eingeladen, die nicht selbst einen solchen Tag anbieten. Diakonische Identität wird dort in Erfahrungsberichten, Vorstellung der vielfältigen diakonischen Arbeitsfelder im Gespräch mit unserem Vorstandsvorsitzenden OKR Eberhard Grüneberg, einer biblischen Einheit, Segnungsmöglichkeit und durch anderes mehr vermittelt.

Auch im kommenden Jahr wird es wieder zwei Angebote in der Region geben. Die Orte werden rechtzeitig in der Diakonie info Mitteldeutschland (DiM) bekannt gegeben.

1.6.4. Eine Projektgruppe hat unter der Federführung des Referats Theologie, Diakonik und geistliches Leben eine Arbeitshilfe zu Fragen der geistlichen Prägung Diakonischer Arbeit entwickelt. In Form einer Loseblattsammlung gibt es dort Informationen zu Menschen, die mit ihrem Tun Diakonie prägten und prägen, zum Kirchenjahr, zu Bibelstellen, die für die Diakonische Arbeit wichtig sind, zu Projekten und Aktionen, die Kirchengemeinden und Diakonische Einrichtungen

miteinander verbinden können sowie zur „guten Frage.“ Ergänzungslieferungen zu den **„fliegenden Blättern der Diakonie Mitteldeutschland“** werden ebenfalls mit der DiM veröffentlicht.

1.6.5. Jedes vierte Kind in Mitteldeutschland lebt unterhalb der Armutsgrenze. „Arme Kinder haben zwar Ferien, aber nie richtig Urlaub“, erklärte Oberkirchenrat Eberhard Grüneberg, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Mitteldeutschland, das Engagement beim Start der Initiative im Frühjahr in Leipzig „Gerade aber hinter dem Mangel an freier Zeit verbirgt sich ein Gerechtigkeitsproblem: Während andere Kinder frisch erholt in ein neues Schuljahr starten können, haben Kinder in Armut nur wenig Gelegenheit, aus ihrer Alltagssituation auszubrechen, neue Erfahrungen zu sammeln und Kraft zu tanken.“ Deshalb fördert die Aktion **„Kindern Urlaub schenken“** schon seit 2006 Projekte kirchlicher und diakonischer Einrichtungen.

Zunehmend unterstützen damit auch TV-Sender die "Aktion Kindern Urlaub schenken": nicht nur, weil sie darüber berichten, sondern auch den Spendenaufruf unterstützen.

1.6.6. Unter dem Titel „Profilbildung durch Personalbildung“ bemüht sich die Diakonie Mitteldeutschland derzeit, eine umfangreiche diakonische **Bildungsinitiative** zu organisieren.

Wie bereits erläutert, haben immer weniger Mitarbeitende einen gemeindlichen Hintergrund. Sie wissen deshalb häufig kaum noch über den geistlichen und kirchlichen Hintergrund der Diakonie Bescheid. Zugleich suchen die Träger der Diakonischen Arbeit zunehmend Mitarbeitende für leitende Stellungen, die in der Lage sind, das geistliche Leben und die Diakonische Kultur in den Einrichtungen zu prägen.

Die Bildungsinitiative soll Träger und Einrichtungen über mehrere Jahre hinweg unterstützen, für ihre Mitarbeitenden Fortbildungen zu diesen Themen zu organisieren und anzubieten. Dazu soll zunächst ein „Rahmenplan“ erarbeitet werden, der unterschiedliche Bildungswege von der Grundinformation für alle Mitarbeitende bis zur Begleitung von Geschäftsführenden anbietet; in der Folge wird die Diakonie Mitteldeutschland die Organisation und Durchführung der sich daran orientierenden Fortbildungen steuern, begleiten, befördern und für eine Evaluation sorgen.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde das Vorhaben noch nicht in allen leitenden Gremien der Diakonie Mitteldeutschland beraten und beschlossen.

2. Von den Anhaltischen Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Mitteldeutschland erreichten den Berichterstatte umfangreiche Berichte. Das folgende bietet daraus eine Auswahl:

2.1. Aus den Einrichtungen der **Anhaltischen Diakonissenanstalt** berichtet der Vorsteher, Pfr. A. Polzin, folgendes:

2.1.1. Am Sonntag, 24.10.2010 haben sich die bis dahin selbstständigen 3 Gruppen der Diakonissen, der Diakonische Schwestern und der Diakonische Mitarbeiter zu einer **Diakonischen Gemeinschaft der ADA** (DGA) zusammengeschlossen.

Anknüpfend an die Tradition der Schwesternschaften wollen Mitarbeitende und Schwestern künftig vereint das geistliche Leben in den Einrichtungen pflegen und erhalten. Die neue Ordnung der DGA öffnet zudem die Gemeinschaft für Gemeindeglieder, Ehrenamtliche und alle Interessierten, die an anderen Orten diakonisch tätig sind. So kann die Gemeinschaft wachsen und bietet Anknüpfungsmöglichkeiten für Neues.

Die bestehende besondere Lebensgemeinschaft der Diakonissen und ihre Versorgung werden natürlich weiter durch die ADA als Stiftung getragen.

2.1.2. Nach langer Zeit der Beantragung und Vorbereitung sollen Mitte Oktober 2011 die Bauarbeiten für den dringend nötigen **Ersatzneubau für die Kindertagesstätte** Gropiusallee beginnen. Er entsteht in unmittelbarer Nachbarschaft zum bestehenden Gebäude, das nach der Neubaubetriebnahme abgerissen wird. Die erwarteten Gesamtkosten von ca. 1.250 T€ werden zu ca. 68% durch öffentliche Fördermittel, zu ca. 10% durch Mittel der Stadt Dessau-Roßlau und zu

22% durch die ADA selbst getragen. Hier nimmt die Unterstützung durch Spenden einen wichtigen Platz ein, um die nun verstärkt geworben wird.

2.1.3 Im Sommer 2011 hat das Marienheim das 10jährige Bestehen des Neubaus gefeiert und mit Dank an alle Beteiligten auf diese Zeit zurückgeblickt. Zugleich öffnet sich diese Einrichtung auch weiter neuen Formen der Betreuung:

Nach dem Ausbau der Demenzbetreuung 2008/2009 erfolgt nun seit 2010 als weiteres Spezialgebiet innerhalb der allgemeinen Altenpflege die Pflege und Betreuung von schwerstpflegebedürftigen Menschen mit einer Dauerbeatmung. Hierbei arbeitet das Marienheim mit dem PalliativCareTeam der Anhaltischen Hospizgesellschaft gemeinsam.

Die gesamte sehr gute Arbeit im Marienheim wird durch die entsprechenden sehr guten Ergebnisse bei den Überprüfungen belegt.

2.1.4 Die bereits in der Vergangenheit vorgestellte Arbeit des Darmzentrums in unserem **Krankenhaus** sowie des Prostatakarzinomzentrums wird in hoher Qualität fortgesetzt, was durch die regelmäßigen Wiederholungsprüfungen auch im Jahr 2011 belegt wurde.

Ein weiteres Spezialgebiet ist die Brustkrebsbehandlung, die in hoher Qualität durchgeführt wird. Sehr wichtig ist dabei die Vernetzung mit anderen Partnern der Behandlung, das nun in einem „Netzwerk Brustkrebs“ auch institutionalisiert worden ist. Besonders wichtig ist dabei die Integration der Plastischen Chirurgie, was nunmehr durch fachärztliche Partner aus Leipzig realisiert wird.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der Behandlung nimmt die Krankenhausseelsorge ein. Die derzeitige Vakanz wird durch verschiedene Unterstützer überbrückt; ab Anfang 2012 hoffen wir gemeinsam mit unserer Anhaltischen Landeskirche auf eine Wiederbesetzung der Sonderpfarrstelle, deren Kosten vom Diakonissenkrankenhaus erstattet werden.

2.1.5. Sowohl die stationäre Arbeit im **Anhalt-Hospiz** als auch die spezialisierte ambulante Palliativbetreuung (SAPV) verzeichnen eine sehr hohe Inanspruchnahme, oft über die vorhandenen Kapazitäten hinaus. Auf diesem Hintergrund ist die Erweiterung des Hospizes zu einem Zentrum für Palliativ- und Hospizversorgung in Vorbereitung. Dieses Projekt wird von den beteiligten Partnern gemeinsam getragen. Es stellt einen wichtigen Baustein zur ganzheitlichen Betreuung unserer Patienten und Hospizgäste dar, die uns sehr am Herzen liegt.

2.2. Aus dem **Diakonischen Werk im Kirchenkreis Dessau** berichtet die Geschäftsführerin E. Heinrich:

2.2.1. In der Kreuzbergstraße in Dessau konnte von der Dessauer Wohnungsgesellschaft ein geeignetes Grundstück für die Ersatzneubau eines **Wohnheimes an der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen** erworben werden. Am 26.09.2011 erfolgte die Ecksteinlegung für das neue Wohnheim mit 24 Plätzen. Dafür müssen rund 500.000 Euro als Eigenmittel und Eigenerstattungsmittel aufgebracht werden, da Wohnheimbauten im Behindertenbereich weder vom Land Sachsen-Anhalt noch von der Kommune gefördert werden. Das Haus soll im Oktober 2012 einzugsfertig sein.

2.2.2. Am 11.03.2011 wurde mit einem Festgottesdienst das 20jährige Bestehen der **Diakoniesozialstation** Raguhn gefeiert. Gleichzeitig erfolgte die Einweihung eines Neubaus (Wohngruppen für Menschen mit Demenz). Am 15.03.2011 bezogen 14 Bewohner das neue Haus. Am 27. Mai begingen die Diakoniesozialstation Dessau, die Beratungsdienste und die Bahnhofsmision mit einem Festgottesdienst in der Georgenkirche in Dessau ihr 20jähriges Bestehen.

2.2.3. Das 158. Jahresfest im **Heinrichshaus** konnte am 02.07.2011 gefeiert werden. Trotz schlechter Wetterverhältnisse wurden über 300 Besucher begrüßt.

2.2.4. Am 7. Juli wurden 4 neue **Notfallseelsorger** im Rahmen eines Festgottesdienstes in ihren Dienst eingeführt. Bis 31.08.2011 waren die ehrenamtlichen Notfallseelsorger in diesem Jahr 35 Mal im Einsatz.

2.2.5 Um dem in den nächsten Jahren immer stärker werdenden **Fachkräftemangel** entgegenzuwirken, hat das Diakonische Werk Dessau vor einigen Jahren mit der Ausbildung von examinierten Altenpflegern und Altenpflegerinnen begonnen. Zurzeit sind 14 Auszubildende im Diakonischen Werk im Kirchenkreis Dessau e. V. beschäftigt.

2.2.6. Erhebliche Schwierigkeiten gibt es bei der Refinanzierung der Personalkostensteigerung. Die Finanzierung der Beratungsstellen und der Bahnhofsmision (nur für die Leiterin der Bahnhofsmision) sind durch das Land bzw. die Kommune seit Jahren „gedeckt“. Die Pflegesatzverhandlungen für die Heimbereiche dauern noch an, da die Kostenträger diese verzögern.

2.2.7. Am 07.09.2011 verstarb plötzlich der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Dessau e. V. Herr Dr. habil Karl-Walter Perlberg. Nach Beschlussfassung im Umlaufverfahren übernimmt Frau Kreisoberpfarrerin Annegret Friedrich-Berenbruch den Vorsitz des Vorstandes.

Frau Heinrich empfiehlt, im Übrigen den Jahresbericht für das Jahr 2010 einzusehen.

2.3. Aus der **Schloss- Hoym- Stiftung** berichtet die Geschäftsführerin, Frau E. Kiwel:

2.3.1. Im Berichtszeitraum unterhielt die Stiftung zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein **vielfältig gegliedertes Angebot** von stationären und ambulanten Wohnformen und Maßnahmen der Hilfen für Menschen mit geistigen sowie geistigen und mehrfachen Behinderungen. Die Schloss Hoym Stiftung erbringt vorrangig Leistungen in den Bereichen der Eingliederungshilfe. Ein spezialisiertes Pflegeheim, überwiegend auf vorgenannten Personenkreis ausgerichtet, ergänzt die Angebote der Eingliederungshilfe bei eintretender Pflegebedürftigkeit.

In Bezug auf unsere Kunden sieht die Geschäftsführung ihre Hauptaufgabe in erster Linie darin, die individuelle Lebensperspektive der zu betreuenden Menschen in den durch die Stiftung betriebenen Einrichtungen zu sichern. Dazu gilt es vor allem, den betreuten Menschen bei sich verändernden äußeren Bedingungen (veränderten Kostensätzen, persönlichem Budget und anderen gesetzlichen Bestimmungen) ein gleichbleibendes Maß an Unterstützungsleistungen zu gewähren.

Dazu müssen intern die Einrichtungen der Stiftung einen höheren Spezialisierungsgrad erreichen, um insbesondere den Personengruppen der immer älter werdenden geistig behinderten Menschen und anderen Personengruppen mit besonderen Bedarfen weiter gerecht werden zu können. Im Wege des Normalitätsprinzips haben sich **Außenwohngruppen** und betreutes Wohnen mit konkreten pädagogischen Zielstellungen am Markt etablieren bzw. nachhaltig durchgesetzt.

Vorgenannte Angebote werden unterstützt und ergänzt durch begleitende Dienste und Tagesstrukturen, welche sich am individuellen Hilfebedarf des einzelnen Betreuten orientieren und zukunftsbezogen auch in der Region bei Eltern oder Angehörigen wohnende geistig behinderte Menschen einschließen sollen.

2.3.2. Seit 2010 wird die Schloss Hoym Stiftung von einer **Doppelgeschäftsführung** geleitet. Dabei ergänzen sich die Geschäftsführerin und kaufmännische Leiterin und der Geschäftsführer und pädagogische Leiter in Ihren Aufgaben und vertreten sich gegenseitig im jeweils anderen Arbeitsfeld bei Abwesenheit des Kollegen/der Kollegin. Eine hierarchische Ordnung besteht nicht.

Insgesamt bietet die Stiftung 376 Plätze in den verschiedenen Wohnformen. Diese werden von insgesamt 274 Mitarbeitenden begleitet.

2.3.4. Wesentliche **Risiken** in der Entwicklung von Schloß Hoym sieht die Geschäftsführung in erster Linie in der immer schwieriger werdenden Belegungssituation. Es wird immer klarer, dass der leichter zu betreuende geistig behinderte Mensch sich für andere Betreuungsformen entscheidet. Angefragt wird Schloß Hoym jedoch von leichter behinderten Menschen mit großen sozialen Anpassungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten und oder straffällig geworde-

nen geistig behinderten Menschen. Weitere Anfragen kommen von Betreuern von geistig schwerstmehrfach behinderten Menschen mit sehr großem Betreuungsaufwand. Auf diese Situation müssen wir uns durch geeignete Maßnahmen wie Spezialisierung, Fortbildung, Qualitätssicherung und bauliche Investitionen einstellen. Gleichzeitig wird die finanzielle Untersetzung durch die Kostenträger immer schwieriger.

Ein weiteres Risiko sieht die Geschäftsführung auch in neu zu verhandelnden Entgelten, welche vorher durch neu zu verhandelnde Leistungsbeschreibungen zu untersetzen sind. Hier ist von der Geschäftsführung nicht klar erkennbar, in welchem Umfang Leistungen, welche von uns im Moment als Leistungserbringer erbracht werden, überhaupt vom Kostenträger nachgefragt werden, also gewollt sind, und inwieweit diese dann auch preislich in die Vorstellungen des Kostenträgers eingebunden sind. Nach wie vor erschweren fehlende Abschlüsse zum Rahmenvertrag die Planungssicherheit.

2.4. R. Köbernack, Referent für Öffentlichkeitsarbeit im **Diakoniewerk Kanzler von Pfau'sche Stiftung** Bernburg, berichtet:

2.4.1. Chronik

- 2. Juli 2010 in Könnern werden fünf Altengerechte Wohnungen in den Dienst gestellt, der gesamte Komplex mit dem Häuslichen Pflegedienst, der Begegnungsstätte und den Wohnungen erhält den Namen „St. Wenzelstift“.
- 1. Sept. 2010 Eröffnung des neuen „Café Kanzler“ in Bernburg
- 3. Sept. 2010 die Stiftung gründet die „gemeinnützige Kanzler von Pfau Gesellschaft mit beschränkter Haftung“
- 18. Oktober 2010 die „Lutzeklinik“ in Köthen (Anhalt) geht in den Besitz der Stiftung.
- November 2010 die Stiftung nimmt die ehemaligen beiden Schulgebäude und das benachbarte Grundstück des früheren kirchlichen Tagungs- und Erholungsheims der Landeskirche in Gernrode im Rahmen eines Erbbauvertrages in den Besitz
- Januar 2011 die gemeinnützige Kanzler von Pfau GmbH wird Trägerin des Pflegedienstes „Seniorenbetreuung Harz“ in Bad Suderode
- Januar 2011 Ambulante Hospizarbeit zusammen mit Palliative Care wird ein eigenständiger Bereich innerhalb der Stiftung unter der Leitung von Angelika Börstler
- 16. Januar 2011 10 Jahre Nicolaihof in Ballenstedt
- 09. Februar 2011 Konstituierung des Ethikbeirats der Stiftung mit 9 Mitgliedern
- 08. März 2011 Kooperationsvereinbarung zwischen Ev. Stiftung Neinstedter Anstalten und Kanzler von Pfau'sche Stiftung
- 09. April 2011 1. Kanzlerfahrt am 144. Gründungstag der Stiftung
- 28. Mai 2011 20 Jahre Häuslicher Pflegedienst Ballenstedt (Diakonie-Sozialstation)
- 04. Juni 2011 20 Jahre Häuslicher Pflegedienst Köthen (Diakonie-Sozialstation)
- Juli 2011 20 Jahre Häuslicher Pflegedienst Könnern (Diakonie-Sozialstation)
- 11. September 2011 Das St. Wenzelstift in Könnern wird durch den schweren Sturm zum Teil erheblich beschädigt; an den folgenden Tagen leisten Mitarbeiter der Stiftung „Aufbauhilfe“ im Pfarramt Preußlitz

2.4.2. Am 01.10.2011 arbeiten im Diakoniewerk Kanzler von Pfau'sche Stiftung insgesamt 400 Mitarbeitende. Dabei sind fast alle stationären, bzw. teilstationären Einrichtungen der Altenpflege (insgesamt 243 Plätze) und die Einrichtungen der offenen sozialen Arbeit (32 Plätze) voll ausgelastet. Die Schuldnerberatung betreute 209 Fälle, die fünf Pflegedienste in Ballenstedt, Bernburg, Güsten Köthen und Könnern betreuten insgesamt 557 Patienten. Die 156 altersgerechten Wohnungen in Ballenstedt, Bernburg, Eisleben, Köthen und Könnern waren voll belegt.

2.4.3. In den Häusern des Diakoniewerks gab es im Berichtszeitraum 25 Weiterbildungen mit jeweils ca. 18 Teilnehmern zu sowohl fachlicher wie auch geistlicher Thematik.

2.5. Aus dem **Diakonischen Werk im Kirchenkreis Zerbst** berichtet der Geschäftsführer D. Landmann:

2.5.1. Am 8. Juli wurde in Zerbst – 20 Jahre Diakonie-Sozialstation gefeiert. Aus diesem Anlass hatte Kreisdiakoniepfarrer Michael Blaszyk einen Gottesdienst zur Festeröffnung vorbereitet.

Am 09. Februar 1991 waren in einem Festgottesdienst in St. Bartholomäi/ Zerbst die **Diakonie-Sozialstationen** Zerbst und Roßlau durch OKR Siegfried Schulze feierlich eingeweiht worden. 20 Jahre später wurde nun am gleichen Ort gedankt für den reichen Segen, den Gott auf unsere Arbeit gelegt hat. In der inzwischen unter gemeinsamer Pflegedienstleitung zusammengeführten Diakonie-Sozialstation Zerbst/ Roßlau sind mittlerweile 42 Mitarbeitende hauptamtlich tätig. Eine hohe Fachkraftquote (von 70 %) zeichnet die Sozialstation aus. In „Bezugspflege“ arbeiten Mitarbeiterteams in Personalkontinuität in 6 Pflegebereichen; von Gommern bis nach Coswig, von Loburg bis nach Roßlau reicht der Einzugsbereich des mittlerweile größten Pflegedienstes der Region.

Der Fokus liegt darauf, den Bedürfnislagen der Hilfeempfänger ganzheitlich in Pflege und Betreuung zu entsprechen und die Dienstleistungsqualität ständig weiter zu entwickeln. Seit langem sind bei uns das Bemühen um Verankerung von Pflegestandards im Dienstvollzug, sind ständige Weiterbildung der Mitarbeiter und Kontrollen der Pflegedokumentationen, sind Qualitätszirkel und ein stringentes Beschwerdemanagement eingeführte Instrumente der Qualitätssicherung. Dieses Bemühen zahlt sich aus. Zwei unangemeldete Kontrollen des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen erbrachten beide Male Bestnoten. Der Pflegedienst der Diakonie hat sich in den 20 Jahren seiner Existenz einen guten Ruf erworben und fördert so auch das Ansehen unserer evangelischen Kirche.

2.5.2 Vor 20 Jahren nahm auch der Dienst der Zerbster **Schwangerschaftsberatungsstelle** seinen Anfang. Die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs hatte 1991 im gesamtdeutschen Parlament für eine große politische Debatte gesorgt. Nach heftig kontroverser Auseinandersetzung, abseits aller Parteifraktionen, beschloss der Gesetzgeber schließlich, die im Osten übliche Fristenregelung mit einer Beratungspflicht zu verbinden und die im Westen bis dahin geltende Indikationslösung abzuschaffen. Flächendeckend waren freie Träger aufgerufen, Beratungsstellen einzurichten.

2.5.3. Auch die **Beratung von Ausländern** nahm vor 20 Jahren ihren Anfang. Damals waren die ersten Asylbewerber in Übergangwohnheimen in Zerbst eingezogen, es waren Familien aus Iran, Irak und aus Afghanistan. Wir übernahmen die Betreuung der Kinder. Daraus ist später unsere Familienhilfe erwachsen.

Weil sich mit Beginn des Jahres 1991 die Gestalt unserer Arbeit grundlegend verändert und erneuert hat, feierten wir 20 Jahre später, am Abend des 8. Juli 2011, ein großes Open-Air-Diakonie-Sommerfest, mit Festmahl und unterhaltsamen Programm, aus Freude über die Entwicklung, die die Diakonie im Kirchenkreis Zerbst in den zurückliegenden Jahren genommen hat.

2.5.4. Ebenfalls am 8. Juli 2011 hatte der Jugendmigrationsdienst (JMD) der Diakonie zum **Strassenfest für Chancengleichheit und Integration** eingeladen. Unter dem Motto „Zerbst verbindet“ präsentierten sich Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendfreizeitstätten, Kirchengemeinden, die „Zerbster Kinder-Tafel“, Bildungsträger, Kommunale Anbieter und Träger von Präventionsangeboten in vielerlei Aktiv- und Mitmachangeboten. Auf dem Platz zwischen Kreissparkasse, „Dicken Turm“ und „Rotem Garten“ drängten sich die Angebote. Kindern und Jugendlichen viele Möglichkeiten für eine gute Entwicklung zu eröffnen, ist gemeinsames Anliegen der beteiligten Akteure; vor allem den Kindern, die es nicht so leicht haben, weil sie aus Zuwandererfamilien stammen oder aus Familien, in denen sie keine ausreichende Förderung erfahren, weil sie aus einkommensschwachen Verhältnissen kommen oder weil sie hyperaktiv sind und häufig stören. Dass kein Kind und kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt, dafür engagieren sich alle der hier beteiligten Akteure.

2.5.5. Auch im Landkreis Anhalt-Bitterfeld gehört Armut zur sozialen Wirklichkeit und hat viele Gesichter. Um hinreichende Aussagen zu Armutslagen treffen zu können, beschloss der Kreistag die Erarbeitung eines **Armutsberichtes**. Eine zur Aufgabenkoordination eingesetzte Lenkungs-

gruppe, die sich paritätisch aus Mitgliedern des Kreistages, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege sowie der Kreisverwaltung zusammensetzte, legte fest, die Armutssituation, mit Blick auf das Machbare, unter folgenden Gesichtspunkten zu beleuchten:

Das Diakonische Werk im Kirchenkreis Zerbst e.V. beteiligte sich maßgeblich an der Erarbeitung des Armutsberichtes. Einige wenige Aussagen des Berichtes seien hier wiedergegeben:

Zur demografischen Entwicklung führt der Bericht aus: Einem vergleichsweise geringen Anteil an Personen im Alter bis 25 Lebensjahren steht ein hoher Anteil von über 65Jährigen gegenüber. Dieser relative Überalterungsprozess wird sich in den kommenden Jahren lt. Bevölkerungsvo-rausberechnung 2008 bis 2025 noch weiter fortsetzen und birgt auch mit Blick auf die schwierige Arbeitsmarktsituation im Land die Gefahr einer sich verstärkenden Altersarmut.

Für die generative Situation der Bevölkerung und damit für die Bevölkerungsentwicklung wirkt sich die gegenüber der Anzahl an männlichen Personen weit geringere Anzahl an weiblichen Per-sonen in den Altersgruppen bis 65 Lebensjahren deutlich nachteilig aus.

Zur Einkommenssituation erklärt der Bericht: Das Primäreinkommen (Einkommen aus Arbeitneh-merentgelt oder aus selbständiger Arbeit und Vermögenseinkommen) liegt im Landkreis bei 94 % des Landesdurchschnitts und lediglich bei 64 % des Bundesdurchschnitts bezogen auf das Jahr 2008. Das verfügbare Einkommen erzielt hingegen 98 % des Landesdurchschnitts und 78 % des Bundesdurchschnitts, was auf einen positiven Saldo bei Sozialtransferleistungen zurückzuführen ist.

Über den Erwerbsstatus von Frauen mit Nachwuchserwartung wird berichtet: Die für die Jahre 2007 bis 2009 in allen Schwangerenberatungsstellen erhobenen Daten verdeutlichen, dass mehr als die Hälfte aller im Landkreis Anhalt-Bitterfeld geborenen Kinder in einkommensschwache, überwiegend armutsbedrohte Verhältnisse hineingeboren werden. Im Ranking der von den Bera-tungsstellen abgefragten Gründe für einen beabsichtigten Schwangerschaftsabbruch landeten seit Jahren „finanzielle/ wirtschaftliche Gründe“ auf dem ersten Platz.

Hinsichtlich der Bedarfsentwicklung von Erziehungshilfe-Leistungen führt der Bericht aus: Trotz rückläufiger Geburtenzahlen gibt es einen Anstieg an auffälligen Familien und Kindern. Dem wir-ken die zuständigen Behörden und Einrichtungen durch eine Vielzahl an Hilfs- und Unterstüt-zungsangeboten entgegen. Inwieweit diese greifen, lässt sich meist erst nach einigen Jahren ersehen. Auffällig ist eine Verstetigung der Problemlage in bestimmten Familien, was eine gene-rationsübergreifende Dimension einschließt.

2.5.6. Für Kinder ist Armut nicht nur mit materiellem Mangel verbunden, sondern auch mit deut-lich verschlechterten Entwicklungschancen. Deshalb kümmert sich die „**Zerbster Kinder-Tafel**“ nicht nur um die Versorgung, sondern auch um die Förderung von Kindern aus armutsbedrohten Verhältnissen.

Aus Spenden finanziert und weitgehend in Eigenleistung erbracht, konnten zwei weitere Räum-lichkeiten hergerichtet werden. Anders als der „große“ schon vorhandene Beschäftigungsraum, dienen diese der Kleingruppen- und Einzelbetreuung. Hier ist vor allem Platz für schulische Nach- und Hausaufgabenhilfe, fürs Vorlesen und Geschichtenerzählen und für kreative Vorhaben, die Ruhe benötigen.

2.5.7. Erstmalig bot die „Zerbster Kinder-Tafel“ 2 Mehrtagesfreizeiten an, für **Kinder, die Fami-lienurlaub nicht kennen**. Im Familienalltag vieler Langzeitarbeitsloser kommt Strukturiert- und Zielorientiertheit wenig vor. Diese Defizite spüren die Kinder in den Schulferien noch deutlicher als sonst. Das bewusste Gestalten von Tagesabläufen, sich Ziele setzen und die auch verfolgen – gerade die lockere Atmosphäre einer Ferienfreizeit bietet gute Gelegenheit, Strukturierung einzu-üben – mit Vergnügen verbunden, nicht als Last empfunden. Gemeinsam spielen, etwas zusam-men unternehmen, Zeit kreativ gestalten – so möchte die „Zerbster Kinder-Tafel“ Lust machen, der oft empfundenen Alltagstristesse zu Hause selbstinitiativ zu begegnen. Und wenn dann im

Urlaub noch ein paar besondere Erlebnisse dazu kommen, dann war es schon eine echt tolle Zeit und ein wirkliches Ferien-Highlight.

2.5.8. Die meisten ihrer Klienten betreut die „**Gefährdetenhilfe**“ über viele Jahre hinweg; diffuse Persönlichkeitsstruktur und komplexe Problemlagen erfordern eine langfristige Begleitung. Etlichen hilft diese Kontinuität zur schrittweisen Aktivierung ihrer Selbsthilferessourcen, ihre Mitwirkungsbereitschaft wird schrittweise gestärkt. Bei anderen tritt ein gegenteiliger Effekt ein, sie verlassen sich immer mehr auf den Sozialarbeiter und steigern ihre Passivität. Um die Nachhaltigkeit der Betreuung zu erhöhen, bat unser (in diesem Dienst teilzeitbeschäftigter) Mitarbeiter die Kommunale Beschäftigungsagentur, all die Betreuungen zeitweise auszusetzen, bei denen bisher keine ausreichende Mitwirkung erreicht werden konnte. Das erzeugte bei Etlichen einen zusätzlichen Mobilisierungseffekt und hat sicherlich dazu beigetragen, dass im Berichtsjahr 8 der Betreuten in Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes vermittelt werden konnten und immerhin 4 von ihnen bis zum Ende durchhielten.

2.5.9. Nachdem die Ev. Landeskirche Anhalts die Rechtsträgerschaft über die St. Bartholomäischule Zerbst übernommen hatte, übertrug sie die Hortträgerschaft per „Geschäftsbesorgungsvertrag“ auf das Diakonische Werk im Kirchenkreis Zerbst. Die ortsansässigen Ev. Kirchengemeinden ließen sich in einen Schul- und Hortverwaltungsausschuss einbinden und machten so die Schule auch zu ihrer Sache.

Die „Evangelische Grundschule“ in Zerbst so zu etablieren, dass sie sich trotz Schul-geldpflicht behaupten kann, bleibt eine große Herausforderung für Lehr- und Hortpersonal aber auch für die Schul- und Hortträger und für alle, die eine Ev. Schule in Zerbst wollen.

2.6. Frau M. Hartmann berichtet aus der **Stadtmission Dessau**

2.6.1. Das **Angebot** der Stadtmission Dessau umfasst derzeit: Tägliche Ausgabe von Mittagessen (auch an Sonn- und Feiertagen), Angebot Frühstück, Angebot Kaffeetafel, Angebot Abendbrot, Verteilen von Kleiderspenden, Dusche, Wäsche waschen, Spielenachmittage, Hilfe bei Ämtern (Anträge ausfüllen usw.), Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen, Sommerfest, Adventsfeier, Heiligabend mit Christvesper und Ganztagsversorgung, Tageszeitung und Seelsorge

2.6.2. Dies wird möglich durch die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Dessau-Roßlau mit 500 Euro je Monat; und die mietfreie Unterbringung im Gemeindehaus der Jakobus- Paulusgemeinde. Die Kirchengemeinde erlässt ebenfalls 20% der Kosten für Heizung, Energie und Wasser.

2.6.3. Die Stadtmission hat derzeit keine fest angestellten **Mitarbeiter**. Bis 30. November 2011 arbeiten zwei Mitarbeiterinnen über Kommunal-Kombi, ab 1. November 2011 gibt es drei Bürgerarbeiter(innen).

Auf Grund der finanziellen Situation in diesem Jahr verkürzte Öffnungszeiten – dadurch Angebot Abendbrot nur einmal pro Woche möglich.

Bernburg/Halle(Saale), 18.10.2011

Peter Nietzer